

# GEBÜHRENORDNUNG

## der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau

vom 24. April 2008 (StAnz. Nr. 19/2008 vom 09.05.2008), zuletzt geändert am  
28. April 2024 (StAnz. Nr. 26 vom 28. Juni 2024)

Aufgrund von Art. 18 Abs. 2 Nr. 5 des Gesetzes über die Bayerische Architektenkammer und die Bayerische Ingenieurekammer-Bau (Baukammerngesetz – BauKaG) gibt sich die Bayerische Ingenieurekammer-Bau folgende Gebührenordnung:

### Erster Teil: Allgemeine Grundlagen

#### **§ 1 Gebühren, Auslagen und Vorschüsse**

- (1) Für Amtshandlungen, deren Rücknahme oder Widerruf und für die Inanspruchnahme von Einrichtungen und besonderen Leistungen der Kammer werden Gebühren nach dem anliegenden Gebührentarif erhoben.
- (2) Die Kammer kann vom Gebührenpflichtigen zusätzlich den Ersatz entstandener Auslagen verlangen, soweit sie den üblichen Verwaltungsaufwand der Kammer überschreiten oder Leistungen Dritter für die Kammer zugunsten des Gebührenpflichtigen betreffen.
- (3) Auf Gebühren und Auslagen (Kosten) kann die Kammer vom Gebührenpflichtigen einen angemessenen Vorschuss verlangen. Dem Kostenschuldigen ist eine angemessene Frist zur Zahlung des Kostenvorschusses zu setzen. Wird der Kostenvorschuss nicht binnen dieser Frist eingezahlt, so kann der Antrag als zurückgenommen betrachtet werden; darauf ist der Antragsteller bei der Anforderung des Kostenvorschusses hinzuweisen.
- (4) Bei Anträgen auf Eintragung in die bei der Kammer geführten Listen, bei Anträgen auf Anerkennung sowie bei Anmeldungen zur Teilnahme an Fort- oder Weiterbildungsveranstaltungen der Kammer wird die jeweilige Gebühr vorab erhoben.

#### **§ 2 Kostspflicht**

- (1) Kostenschuldig ist, wer die kostenschuldige Amtshandlung beantragt oder die Einrichtungen und besonderen Leistungen in Anspruch genommen hat oder zu dessen Gunsten die Leistung erbracht wurde. Kostenschuldig ist auch, wer die Kosten durch schriftliche Erklärung gegenüber der Kammer übernommen hat oder wer für die Kostenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet. Mehrere Kostenschuldner haften als Gesamtschuldner.
- (2) In Verfahren für weitere Amtshandlungen nach § 12 ist kostenschuldig, wer in dem jeweiligen Bescheid als Kostenschuldner genannt wird.
- (3) Kosten werden nicht erhoben für die Festsetzung von Kosten oder Vorschüssen sowie für Amtshandlungen, die überwiegend im Interesse der Gesamtheit aller Kammermitglieder vorgenommen werden. Ist die Amtshandlung von einem Beteiligten veranlasst oder zu vertreten, sind ihm dafür die Kosten aufzuerlegen, soweit dies der Billigkeit nicht widerspricht.

### **§ 3 Entstehung des Kostenanspruchs, Fälligkeit**

- (1) Die Gebühren entstehen nach Durchführung der Amtshandlungen oder nach Inanspruchnahme der Einrichtung und besonderen Leistungen. Der Anspruch auf Erstattung von Auslagen entsteht mit ihrer Aufwendung.
- (2) Kosten werden mit der Bekanntgabe des Kostenbescheids fällig, soweit der Bescheid keinen späteren Zeitpunkt bestimmt. Gesetzte Zahlungsfristen stellen keinen Fälligkeitstermin dar.

### **§ 4 Stundung, Ermäßigung, Erlass, Niederschlagung**

- (1) Gebühren und Auslagen können gestundet, ermäßigt, erlassen oder niedergeschlagen werden, soweit Höhe oder Zeitpunkt ihrer Erhebung unbillig wäre.
- (2) Entscheidungen nach Absatz 1 trifft der Vorstand. Er kann für bestimmte Arten von Fällen die Entscheidung auf die Geschäftsführung der Geschäftsstelle übertragen. Bei Anträgen auf Ermäßigung, Erlass oder Niederschlagung der Gebühren kann die Entscheidung von der vertraulichen Darlegung der wirtschaftlichen Situation abhängig gemacht werden.

### **§ 5 Mahnung, Vollstreckung und Verjährung**

Die Vorschriften der Beitragsordnung über Mahnung, Vollstreckung und Verjährung gelten entsprechend.

### **§ 6 Anwendung des Kostengesetzes**

Soweit diese Gebührenordnung nichts anderes bestimmt, gelten die Regelungen des Bayerischen Kostengesetzes in ihrer jeweiligen Fassung entsprechend.

### **§ 7 Gebührenbemessung**

- (1) Für Amtshandlungen, die nicht im Zweiten Teil (Gebührentarif) enthalten sind, wird eine Gebühr erhoben, die nach im Gebührentarif bewerteten vergleichbaren Amtshandlungen zu bemessen ist. Fehlt eine vergleichbare Amtshandlung, beträgt die Gebühr **50,- €** bis zu **1.000,- €**.
- (2) Soweit der Gebührentarif Rahmensätze vorsieht, ist die Gebühr nach dem Verwaltungsaufwand, nach der Bedeutung des Gegenstands unter wirtschaftlichen, rechtlichen und persönlichen Auswirkungen für den Schuldner sowie nach seinen wirtschaftlichen Verhältnissen zu bemessen.

## **Zweiter Teil: Gebührentarif**

### **§ 8 Gebühr für Eintragungen und Anerkennungen**

- (1) Für die Eintragung von Mitgliedern in die nach § 21 der Hauptsatzung geführten Listen erhebt die Kammer folgende Gebühren:
  1. Eintragung in die Liste der Beratenden Ingenieure gem. Art. 5 BauKaG  
**275,- €**
  2. Eintragung in das Mitgliederverzeichnis als freiwilliges Mitglied nach Art. 12 Abs. 5 Satz 1 Nr. 2b BauKaG  
**100,- €**

3. Eintragung in die Liste der bauvorlageberechtigten Ingenieure gemäß Art. 61 Abs. 2 Nr. 2 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) **230,- €**
  4. Eintragung in die Liste der bauvorlageberechtigten Ingenieure gemäß Art. 61a Abs. 1 bis 4 BayBO **300,- bis 800,- €**
  5. Eintragung in die Liste der nachweisberechtigten Ingenieure für Standsicherheit oder Brandschutz nach Art. 62 Abs. 3 Satz 1 BayBO **230,- €**
  6. Eintragung in die Liste der Prüfsachverständigen für Vermessung nach § 1 Satz 2 Nr. 2 i.V.m. § 6 Abs. 4 PrüfVBau **300,- €**
  7. Eintragung in die Liste der Prüfsachverständigen für Standsicherheit oder sicherheitstechnische Anlagen und Einrichtungen oder Erd- und Grundbau nach § 1 Satz 2 i.V.m. § 6 Abs. 4 PrüfVBau **375,- €**
  8. Eintragung in die Liste der Sachverständigen nach § 3 Abs. 1 AVEn **265,- €**
  9. Eintragung in Servicelisten nach § 21 Abs. 1 der Hauptsatzung, sofern die jeweilige Verfahrensordnung nichts anderes bestimmt **95,- €.**
- (2) Die Gebühr nach Abs. 1 Nr. 1 ermäßigt sich für Beratende Ingenieure, die bereits bei einer anderen Ingenieurkammer in Deutschland eingetragen sind oder für solche, deren Eintragung in einer anderen Kammer vor nicht mehr als einem Jahr gelöscht wurde, weil die Wohnung oder berufliche Niederlassung aufgegeben wurde (Art. 5 Abs. 2 Satz 4 i.V.m. Art. 4 Abs. 3 und 4 BauKaG), auf **95,- €.**
- (3) Für Nichtmitglieder erhöht sich die Gebühr für die Eintragung in die Listen nach Abs. 1 Nr. 3, 5 bis 8 jeweils auf das 1,8-fache. Dies gilt nicht, wenn gleichzeitig die Mitgliedschaft beantragt wird; die erhöhte Gebühr wird nacherhoben, wenn der Mitgliedsantrag zurückgenommen oder abgelehnt wird oder wenn der Antragsteller innerhalb von zwölf Monaten nach Eintragung die Mitgliedschaft kündigt.
- (4) Für die Eintragung in die Liste der auswärtigen Beratenden Ingenieure gem. Art. 2 Abs. 1 Satz 2 BauKaG erhebt die Kammer eine Gebühr von **100,- €.**
- (5) Für die Eintragung in das Gesellschaftsverzeichnis nach Art. 8 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BauKaG erhebt die Kammer folgende Gebühren:
1. Eintragung einer Kapitalgesellschaft **795,- €**
  2. Eintragung einer Gesellschaft nach § 107 Abs. 2 HGB **795,- €**
  3. Eintragung einer Partnerschafts- oder Personengesellschaft, soweit nicht durch Nr. 2 erfasst **465,- €**
- Für die Überprüfung von Änderungen i.S.v. Art. 10 Abs. 6 BauKaG wird eine Gebühr von mindestens **80,- €** und höchstens der Eintragungsgebühr nach Satz 1 festgesetzt.
- (6) Bei Ablehnung der Eintragung in eine der Listen bleibt es bei den Gebühren nach den Absätzen 1 bis 5. Für das Untersagen des Tätigwerdens nach Art. 61b Abs. 3 Satz 2 oder Art. 62 Abs. 3 Satz 3 BayBO oder nach § 9 Abs. 2 Satz 3 PrüfVBau und des Führens der Berufsbezeichnung nach Art. 2 Abs. 3 BauKaG erhebt die Kammer eine Gebühr von **350,- €**

- (7) Die Eintragungsgebühren nach den Absätzen 1 bis 5 reduzieren sich bei Zurücknahme des Antrags vor Eintritt in die Vorprüfung des Antrages auf ein Drittel, sonst auf zwei Drittel.
- (8) Wechselt ein Pflichtmitglied in die freiwillige Mitgliedschaft, werden keine Gebühren erhoben. Beantragt ein freiwilliges Mitglied die Eintragung in die Liste der Beratenden Ingenieure, ermäßigt sich die Gebühr nach Abs. 1 Nr. 1 auf sechs Zehntel.

## **§ 9 Gebühr für Listenführung**

- (1) Zur Deckung des Aufwands für die Führung der in § 8 Abs. 1 Nr. 3 bis 8 bezeichneten Listen, insbesondere für die Pflege der Daten und deren Bekanntmachung, erhebt die Kammer in den auf die Eintragungen nachfolgenden Geschäftsjahren von den Eingetragenen jährlich eine Gebühr von **43,- €** je Liste. Für Nichtmitglieder erhöht sich die nach Satz 1 zu ermittelnde Gebühr um **24,- €**.
- (2) Von den in die Interessentenliste nach § 3 der Hauptsatzung Eingetragenen erhebt die Kammer jährlich Gebühren, soweit die vom Vorstand beschlossene Verfahrensordnung „Interessentenliste“ dies bestimmt.
- (3) Für Mitglieder nach § 8 Abs. 1, Abs. 2 Nr. 1 und Nr. 2 der Beitragsordnung sind die Gebühren im Mitgliedsbeitrag vollständig enthalten. Dies gilt nicht für Mitglieder, die einen reduzierten Jahresbeitrag nach § 9 Abs. 2 der Beitragsordnung zahlen.
- (4) Mitglieder anderer Ingenieurkammern Deutschlands sind von der Gebührenerhebung nur insoweit befreit, als die Gegenseitigkeit des Gebührenverzichts gewährleistet ist.
- (5) Endet die Listeneintragung nach dem 30.06. eines Kalenderjahres, so ist die jeweilige Gebühr nach den Absätzen 1 bis 4 voll, endet sie vor dem 01.07. eines Kalenderjahres, so ist die Gebühr zur Hälfte zu entrichten.

## **§ 10 Gebühren für Fort- oder Weiterbildungsveranstaltungen und deren Anerkennung**

- (1) Für die Teilnahme an Veranstaltungen der Kammer zur Fort- oder Weiterbildung werden Gebühren erhoben, deren Höhe für jede Veranstaltung gesondert festgelegt wird.
- (2) Mitglieder erhalten in der Regel für die Fortbildungsveranstaltungen Vergünstigungen.
- (3) Rechtsverhältnisse nach Stornierung oder Rücktritt regeln vom Vorstand zu beschließende Allgemeine Geschäftsbedingungen.
- (4) Die Bayerische Ingenieurekammer-Bau erhebt für das Antragsverfahren auf Anerkennung von Fortbildungsmaßnahmen vom jeweiligen Veranstalter die nachfolgend genannten Gebühren:

1. Kurz- oder Halbtagesveranstaltung (maximal 5 Zeiteinheiten)	<b>55,- €</b>
2. Ganztagesveranstaltung (maximal 10 Zeiteinheiten)	<b>70,- €</b>
3. Mehrtagesveranstaltung	<b>90,- €</b>

4. Wiederholungsveranstaltung für eine bereits anerkannte  
Veranstaltung (ohne inhaltliche Änderung zur Erstveranstaltung) **12,- €**

Erfolgt der Antrag durch das teilnehmende Mitglied der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau oder durch eine andere Ingenieurkammer, entfallen die Gebühren gemäß Satz 1. Andere Ingenieurkammern sind jedoch nur insoweit befreit, als die Gegenseitigkeit des Gebührenverzichts für Fortbildungsanerkennungen satzungsgemäß gewährleistet ist.

## § 11 Kosten des Schlichtungsverfahrens

- (1) Für die Verfahren vor dem Schlichtungsausschuss werden neben den Auslagen die folgenden Gebühren erhoben:

1. In nichtvermögensrechtliche Streitigkeiten beträgt die Gebühr **85,- bis 1.600,- €**

2. Vermögensrechtliche Streitigkeiten:

Mindestgebühr	<b>85,- €</b>
Wert des Streitgegenstandes	Gebühr
bis <b>10.000 €</b>	3 % des Streitwertes
über <b>10.000 €</b>	<b>100 €</b>
bis <b>25.000 €</b>	+ 2 % des Streitwertes
über <b>25.000 €</b>	<b>350 €</b>
bis <b>50.000 €</b>	+ 1 % des Streitwertes
über <b>50.000 €</b>	<b>600 €</b>
bis <b>125.000 €</b>	+ 0,5 % des Streitwertes
über <b>125.000 €</b>	<b>725 €</b>
	+ 0,4 % des Streitwertes

- (2) Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses setzt den Streitwert nach Anhörung der Parteien fest. Er kann bei vermögensrechtlichen Streitigkeiten je nach Umfang, Schwierigkeit und Bedeutung der Sache die Gebühren bis zu dem doppelten Betrag erhöhen. Bei nichtvermögensrechtlichen Streitigkeiten setzt der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses die Gebühr in den Grenzen des Absatzes 1 fest.
- (3) Im schriftlichen Verfahren ermäßigt sich die Gebühr auf drei Viertel. Erledigt sich ein Schlichtungsverfahren außerhalb eines schriftlichen Verfahrens ohne Schlichtungsverhandlung, ermäßigt sich die Gebühr auf ein Viertel.
- (4) Die Auslagen umfassen auch die Entschädigungen des Vorsitzenden und der Beisitzer des Schlichtungsausschusses gemäß Entschädigungsordnung der Kammer sowie Entschädigungen von Zeugen und Sachverständigen nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz.

## § 12 Gebühren für weitere Amtshandlungen

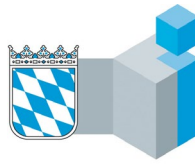
- (1) Die Gebühr in Rüge-, Widerrufs- und Rücknahmeverfahren beträgt **85,- bis 375,- €**
- (2) Rückforderungsverfahren nach Art. 52 BayVwVfG **85,- bis 375,- €**
- (3) Anträge auf Berufsanerkennung i.S.v. Art. 2 Abs. 1 Nr. 2 BayIngG oder auf Gleichwertigkeitsprüfung **300,- bis 800,- €**  
Bei Rücknahme eines Antrags nach Satz 1 vor Beginn der Sachprüfung reduziert sich die Gebühr auf ein Drittel, bei Rücknahme zu einem späteren Zeitpunkt vor Beendigung der Amtshandlung auf zwei Drittel.
- (4) Verfahren zur Durchführung von Ausgleichsmaßnahmen nach Art. 4 BayIngG, Art. 61a Abs. 5 BayBO oder Art. 61b Abs. 3 Satz 4 BayBO **300,- bis 800,- €**
- (5) Für eine Vorprüfung zur Berufsanerkennung beträgt die auf den späteren Antrag anzurechnende Gebühr **115,- bis 350,- €**
- (6) Vollziehbare Anordnungen im Rahmen der Stichprobenkontrolle für Energieausweise und Klimainspektionsberichte **110,- €**
- (7) Zwangsgeldverfahren nach Art. 31 BayVwZVG **110,- €**

### § 13 Bescheinigungen, Beglaubigungen, Mehrausfertigungen

- (1) Für eine Beglaubigung oder die Erteilung einer amtlichen Bescheinigung mit Ausnahme von Bescheinigungen nach Absatz 4 erhebt die Kammer von Mitgliedern eine Gebühr von je **20,- €**
- (2) Für die Erteilung von Mehrausfertigungen von Eintragungsurkunden oder -nachweisen erhebt die Kammer von Mitgliedern eine Gebühr von je **35,- €**
- (3) Für die Erhebung von Mehrausfertigung von Stempeln erhebt die Kammer von Mitgliedern folgende Gebühren:
1. Stempel mit Holzgriff **30,- €**
  2. Stempel als Grafikdatei zum Download **23,- €**
- (4) Für die Erteilung nachstehender Bescheinigungen erhebt die Kammer folgende Gebühren:
1. Bescheinigungen nach Art. 61b Abs. 5 Satz 2, Art. 62 Abs. 3 Satz 3 BayBO oder § 9 Abs. 2 Satz 3 PrüfVBau **40,- €**
  2. Bescheinigungen nach § 9 Abs. 3 Satz 2 PrüfVBau **385,- €**
  3. Wiederholungsbescheinigungen nach Nr. 2 **65,- €**
- Bei Rücknahme eines Antrags auf Erteilung einer Bescheinigung findet § 8 Abs. 7 entsprechende Anwendung.
- (5) Für Nichtmitglieder erhöht sich die Gebühr nach Absatz 1 und 2 auf das Doppelte.

### § 14 Sonstige Dienst- und Serviceleistungen

- (1) Für mündliche und schriftliche Stellungnahmen, Beratungen und für Gutachten werden pro angefangene halbe Stunde folgende Gebühren erhoben:
1. für Mitglieder **50,- €**



2. für Nichtmitglieder

100,- €

Mitglieder erhalten eine kostenlose Erstberatung im Umfang von einer Stunde in derselben Angelegenheit.

- (2) Für Leistungen nach Absatz 1 werden Nebenkosten pauschal mit 5 % in Rechnung gestellt, bei schriftlichen Leistungen betragen die Nebenkosten pauschal 10 %.
- (3) Der mit der berechtigten Verfolgung von wettbewerbsrechtlichen Unterlassungsansprüchen verbundene Aufwand wird dem Anspruchsgegner pauschal mit 300,- € in Rechnung gestellt.
- (4) Für sonstige Leistungen der Kammer, die in diesem Gebührentarif nicht genannt werden und Personal- oder Sachaufwand auslösen, werden die mit dem Leistungsempfänger vereinbarten Gebühren erhoben.

### **Dritter Teil: Übergangsbestimmungen, Inkrafttreten**

#### **§ 15 Übergangsbestimmung**

Bei Amtshandlungen, die einen Antrag voraussetzen, sind die bei Antragstellung geltenden Vorschriften anzuwenden, soweit sie für den Kostenschuldner günstiger sind. Im Übrigen richtet sich die Gebührenerhebung nach den Vorschriften, die bei Vollendung der Amtshandlung gelten.

#### **§ 16 Inkrafttreten**

Diese Gebührenordnung tritt zum 01.06.2008 in Kraft.